

Technischer Ausschuss - Ö - vom 29.09.2009
1) TOP Bürger fragen

Eine Bürgerin verweist auf die Notwendigkeit der in der Stadt angelegten Kinderspielplätze. Konkret verweist sie auf die Überlegungen der Verwaltung den Spielplatz „Im Störling“ zu schließen. Dieser Spielplatz decke ein großes Gebiet ab. Für die Nutzung von Familien mit Kleinkindern sei dieser Spielplatz sehr gut geeignet. Die bestehenden Spielplätze aufzuwerten würde ausreichen. Ein großer zentraler Platz in der Stadt sei nicht zwingend notwendig.

OB Frei: Der TA werde in der heutigen Sitzung über das Spielplatzkonzept beraten. Ob dabei dann an allen Standorten festgehalten werde, werde sich zeigen. Eine große Spielplatzanlage in zentraler Lage sei aus seiner Sicht notwendig.

Eine Bürgerin informiert dahingehend, dass die heute zu beratende Platzgestaltung des Heinrich-Burkard-Platzes nicht nur von einer Anliegerin beantragt worden sei. Alle unmittelbaren Nutzer dieses Platzes würden eine Änderung begrüßen.

OB Frei: Die weitere Vorgehensweise werde der Technische Ausschuss bei der heutigen Beratung festlegen.

2) TOP 60-121/09 Stadtwald - Haushaltsansätze 2010

Herr Dr. Dinkelacker erläutert die vorliegenden Plandaten. Man sei bestrebt, die sich gesetzten Aufgabenfelder Ökologie, Ökonomie und Soziales angemessen zu bedienen. Das vergangene Forstwirtschaftsjahr sei ohne große negative Begleiterscheinungen abgelaufen. Käfer- oder Sturmholz, welches das wirtschaftliche Ergebnis negativ beeinflussen würde, sei nicht angefallen. Den für 2010 geplanten Holzertrag errechne sich aus den Durchschnittswerten der Jahre 2008/2009. Der Hiebsatz liege geringfügig über dem geplanten Wert. Die bisherige Entwicklung in den zurückliegenden Jahren lasse dies zu.

Stadtrat Kaiser: Festzustellen sei, dass der Hiebsatz nun bereits mehrere Jahre über dem Soll liege. Eine Angleichung sollte gegebenenfalls angedacht werden. Das angesprochene Alt- und Totholzkonzept sollte näher erläutert werden. Die Verkehrssicherheit sollte nach Möglichkeit nicht nur auf zentrumsnahe Waldwege sondern auf das gesamte Wegenetz ausgedehnt werden. Ob die im Plan ausgewiesene Bestandspflege (Wiederbewaldung) durch den Personalbestand begrenzt werde, sollte näher erläutert werden.

Stadtrat Bäurer: Auffallend sei, dass der Ansatz für Holzhauervergütung trotz unverändertem Hiebsatz im kommenden Jahr bis zu 25 % höher veranschlagt worden sei.

Herr Dr. Dinkelacker: Man sei derzeit dabei die Vorarbeiten für die Hiebsatzentwicklung 2010 durchzuführen. Man sei zuversichtlich, dass die bisherigen Überschreitungen des Hiebsatzes durch die gesamte Forstentwicklung haltbar seien. Dies stehe allerdings immer unter der Voraussetzung, dass keine nennenswerten Sturmereignisse auftreten. Im Rahmen des Alt- und Totholzkonzeptes werde eine Kartierung und Erfassung entsprechender Bestände vorgenommen. Diese werden ergänzt durch Aussagen zur Verkehrssicherheit. Die Baumpflege im Bereich der Wanderwege könne nicht auf das gesamte Wegenetz erstreckt werden. Im Rahmen einer Abwägung werde festgelegt, in welchen Bereichen eine Intensivkontrolle durchzuführen sei. Der Ansatz für die Bestandspflege sei ausreichend. Der Personalbestand würde eine höhere Intensität zulassen. Der Waldbestand an sich erfordere dies jedoch nicht. Im vergangenen Forstwirtschaftsjahr 2008 sei weniger Holz geschlagen worden. Gleichzeitig hätten sich allerdings die Grundkosten erhöht. Daraus resultiere der höhere Ansatz für die Holzhauer.

OB Frei: Die Verwaltung schlage vor, die im Ansatz enthaltenen Mittel für die Beschaffung eines Freischneiders und Hochentasters zu streichen.

Beschluss:

1. Dem Beschluss der Verwaltung wird zugestimmt.
2. Die im Entwurf enthaltenen Mittel für die Anschaffung eines Freischneiders und Hochentasters werden gestrichen.

(einstimmig)

3) TOP 60-123/09 Kindertagesstätte Wunderfitz / Erweiterung - Vorstellung Baugesuch und aktuelle Kostenberechnung

Architekt Limberger stellt die Planung vor. In der jetzt vorliegenden Kostenberechnung seien die zu erwartenden Baukosten auf dem aktuellen Stand ermittelt.

Stadtrat Wild: Es sei nicht ganz nachvollziehbar weshalb die jetzige Kostenberechnung höher ausfalle, obwohl auf den ursprünglich geplanten Ausbau einer Wohnung verzichtet worden sei.

Herr Bunse: Es müsse berücksichtigt werden, dass gegenüber dem ursprünglichen Plan Räume für eine zusätzliche Gruppe ausgebaut werden sollen. Die jetzt vorliegende Kostenberechnung sei wesentlich genauer als der frühere Kostenanschlag.

Stadtrat Erndle: Die angedachten Sicherheitsmaßnahmen seien zu hoch gegriffen.

BM Kaiser: In früheren Sitzungen habe er bereits mehrfach auf die Probleme im Umfeld zum Kindergarten Wunderfitz hingewiesen. Die vorgeschlagenen Sicherungsmaßnahmen seien zwingend notwendig. Die Vandalismus-Probleme seien ohne diese Einrichtungen nicht zu bewältigen.

OB Frei: Es werde auf jeden Fall so gebaut, dass sich die Kinder in dieser Anlage wohl fühlen können. Nach pragmatischen Lösungen werde gesucht.

Stadtrat Käfer: Was den Aufzug anbelange sollte hier eine kostengünstige Lösung gesucht werden, da dieser Aufzug wohl wenig genutzt werde.

Architekt Limberger: Die Vorschriften zur Barrierefreiheit erfordern den Einbau eines Aufzuges. Gewählt werde eine kostengünstige Lösung in Form eines Behindertenliftes mit Spindeltrieb.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

4) TOP 60-101/09 Eichendorffschule / Lieferung und Montage BHKW-Anlage - überplanmäßige Ausgabe

OB Frei: Die Finanzierungsfragen seien bereits in dem vom Gemeinderat beschlossenen Nachtrag zum Haushaltsplan geregelt worden.

Herr Bunse gibt ergänzende Erläuterungen.

Beschluss: Die Finanzierung in Höhe von 19.000,-- € über den Nachtrag wird zur Kenntnis genommen.

(einstimmig)

**5) TOP 60-118/09 Donauhallenmodernisierung / Umbau Bartók-Saal (Halle B) -
Vergabe Wärmedämmverbundsystem (WDVS) Außendämmung**

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(10 Ja, 1 Enthaltung)

**6) TOP 60-117/09 Donauhallenmodernisierung / Umbau Mozart-Saal (Halle A) -
Vergabe Dachdichtungsarbeiten**

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(10 Ja, 1 Enthaltung)

7) TOP 60-102/09 Belvedere / Altes Schützenhaus - Planvorstellung Erschließung und Außenanlagen (Finanzplanung)

OB Frei: Die dargestellten Maßnahmen seien zwingende Voraussetzung für eine ordnungsgemäße Nutzung des Belvedere. Da die kurzfristige Finanzierung nicht möglich sei schlage er vor, diese Maßnahme in die Finanzplanung aufzunehmen.

Herr Bunse: Bei der Sanierungsplanung habe man den Bau der Toilettenanlagen bewusst zurückgestellt. Es sollte vorerst beobachtet werden, wie die Nutzung des Belvedere anläuft. Nach den ersten positiven Ansätzen sollte in naher Zukunft die notwendige Infrastruktur geschaffen werden.

Stadtrat Wild: Mit der sehr gut gelungenen Sanierung habe man ein bauliches Kleinod retten können. Zweifel habe er an den geschätzten Baukosten. Diese seien aus seiner Sicht zu gering angesetzt. Vor einer endgültigen Entscheidung müsse jedoch erst geklärt sein, welche Maßnahmen für die Stadt finanziell überhaupt leistbar seien. Der finanzielle Rahmen, bezogen, auf den Gesamtetat müsse stimmen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen müssten deshalb vorerst zurückgestellt werden.

Stadtrat Greiner: Obwohl die Sanierung des Belvedere höchst umstritten gewesen sei, müsse heute die gut gelungene Sanierung bestätigt werden. Der städtische Sanierungsanteil in Höhe von 15.000 Euro sei gut angelegt worden. Die jetzige Planung für die Zukunft sei wichtig für Zeiten, wenn sich die Finanzausstattung wieder gebessert habe.

Stadtrat Karrer: Obwohl in der Volksmeinung das Belvedere als alter Schuppen bezeichnet worden sei, habe er stets auf dieses städtebauliche Kleinod hingewiesen. Die Entscheidung des Gemeinderates, auf den Abbruch zu verzichten und die Sanierung anzugehen sei richtig gewesen. Die vorgelegte Planung müsse sicherlich noch überarbeitet werden. Die gepflasterten Wege könnten auch wassergebunden ausgeführt werden.

Stadtrat Kaiser: Bei der finanziellen Betrachtung der erfolgten Sanierung könne man nicht nur den Anteil der Stadt in Höhe von 15.000 Euro ins Feld führen. Bei der Gesamtbetrachtung müsse der volle Sanierungsaufwand gesehen werden. Bei aller Freude über die Sanierung des Belvedere müsse jetzt auch die Einnahmenseite näher geprüft werden. Entsprechende Entscheidungen sollten durch den Hauptausschuss getroffen werden.

OB Frei: Bei den in der mittelfristigen Finanzplanung enthaltenen Maßnahmen gehe es nur darum Grundsatzfragen zu klären. Detailplanungen seien erst erforderlich wenn die Finanzierung in den Haushaltsplan aufgenommen werden soll.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

8) TOP 60-119/09 Stahlbrücke Allmendshofen / Brücke über die Breg - Sachstandsbericht

Herr Bunse führt in das Thema ein. Da absehbar sei, dass eine Sanierung oder Neubau der Brücke derzeit nicht finanziert werden könne bleibe als einzige Möglichkeit die Sperrung der Brücke. Die Gefahr für die Nutzer sei zu groß zumal immer wieder festgestellt werde, dass Landwirte mit schweren Erntefahrzeugen die Brücke widerrechtlich nutzen.

Stadtrat Greiner: Eine vierte Alternative wäre der Bau einer Fuß- und Radfahrerbrücke.

Stadtrat Karrer: Bevor weitergehende Entscheidungen getroffen werden, sollte vorerst der Bedarf geprüft werden.

Stadtrat Wild: Die Bregbrücke sei ein Wahrzeichen im Stadtbild von Allmendshofen. Allerdings sollte, wenn dies finanzierbar wäre, die Variante 3 zur Ausführung kommen. Von den Allmendshofener Landwirten sei ihm berichtet worden, dass sich vor allem die Berufskollegen aus den angrenzenden Ortsteilen nicht an die Verkehrsbeschränkung halten. Die komplette Sperrung der Brücke würde für die Betroffenen einen Umweg von 5 km bedeuten. Er plädiere deshalb dafür, den jetzigen Zustand zu belassen und verstärkt die Verkehrsbeschränkung zu kontrollieren.

Stadtrat Erndle: Einer Sperrung könne er sich nicht anschließen.

Stadtrat Bäurer: Als erstes müsse der Bedarf konkret geprüft werden. Wenn diese Analyse eine Notwendigkeit ergebe, sollte eine neue Brücke gebaut werden. Auf Absperrpoller sollte verzichtet werden. Es gebe noch genügend andere Fahrzeuge, die die Brücke bei der derzeit zulässigen Tonnagenbegrenzung nutzen könnten.

Stadtrat Kaiser: Die Sanierungsvarianten seien allesamt kritisch. Man sollte vorerst das Brückenbauwerk nur noch für Fußgänger und Radfahrverkehr offen halten. Als Ersatzbauwerk sei lediglich eine Fuß- und Radwegbrücke notwendig. Der durch die Sperrung verursachte Umweg sei für die Nutzer tragbar.

Stadtrat Fischer: Die Landwirte würden diese Brücke benötigen. Er spreche sich aus diesem Grund gegen eine Sperrung aus.

OB Frei: Von den möglichen Maßnahmen könne aus seiner Sicht nur der Neubau einer Brücke die richtige Lösung sein. In den kommenden zwei Jahren sei eine Baumaßnahme allerdings nicht finanzierbar. In das Gesamtpaket müssen Haftungserwägungen in die Prüfung mit einbezogen werden. Wenn die Stadt weiß, dass die Verkehrsbeschränkungen nicht beachtet werden, müssen Vorkehrungen zur Einhaltung der Verkehrsvorschriften getroffen werden. Die rechtlichen Notwendigkeiten können mit dem BGV nochmals abgestimmt werden.

Stadtrat Greiner: Wegen der von ihm eingebrachten Variante 4 sei dieser Tagesordnungspunkt noch nicht entscheidungsreif.

Herr Bunse: Die Haftung der Stadt sei nicht wegzudiskutieren. Der Einbau eines Pollers sei zwingend geboten. Der Gutachter, welcher die Brücke geprüft habe, lehne jede Haftung ab. Das Risiko, die Brücke weiterhin nutzbar zu lassen, sei zu groß.

Stadtrat Bäurer: Statt des geplanten Pollers gebe es mit Sicherheit noch andere Maßnahmen. Aus seiner Sicht könne gegebenenfalls die Verkehrsführung so verändert

werden, dass Schwerverkehr nicht auf die Brücke gelangen könne.

Stadtrat Greiner beantragt, umlegbare Poller einzubauen, die von den betroffenen Landwirten bedient werden können.

Beschluss:

1. Der Bericht über das Brückenbauwerk wird zur Kenntnis genommen. Eine Sicherungsmaßnahme in Form von umlegbaren Pollern ist vorzusehen. Die betroffenen Landwirte aus Allmendshofen erhalten einen Schlüssel.
2. Die Ziffern 2 und 3 des Beschlussvorschlages werden zurückgestellt.

(10 Ja, 1 Nein)

9) TOP 60-106/09 Geisinger Straße / Neugestaltung (Finanzplanung)

Herr Bunse erläutert den vorliegenden Planentwurf. Der Ortschaftsrat Pfohren habe grundsätzlich zugestimmt. Verschiedene Detailkorrekturen seien noch vom Ortschaftsrat gefordert worden.

Stadtrat Greiner: Das abschließende Konzept sollte dem Ortschaftsrat nochmals zur Stellungnahme vorgelegt werden. Im Zuge der weiteren Planung und späteren Bauausführung müsse darauf geachtet werden, dass geräuscharmes Pflaster eingebaut werde.

Stadtrat Kaiser: Bei der noch anstehenden Detailplanung sollte versucht werden, die Fahrbahn weiter einzuengen.

Stadtrat Karrer: Die Konkretisierung der Planung sei notwendig. Festzustellen sei, dass die ursprüngliche umfassende Planung in Abstimmung mit dem Ortschaftsrat reduziert worden sei.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

10) TOP 60-107/09 Grüningen / Neubau Kommunikationsplatz und Parkplätze am Rathaus (Finanzplanung)

Herr Bunse: Diese Maßnahme habe für den Ortschaftsrat Grüningen oberste Priorität.

OB Frei: Es handle sich in der Tat um eine für Grüningen wichtige Maßnahme. Der Kommunikationsplatz liege in unmittelbarem Einzugsbereich des neuen Baugebietes „Weidenäcker“ und den angrenzenden öffentlichen Einrichtungen. Schwierig sei allerdings die Finanzierung im kommenden Jahr.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

11) TOP 60-109/09 Heinrich-Burkard-Platz / Donaueschingen - neuer Belag (Finanzplanung)

OB Frei: Der Vorschlag zur Platzbefestigung sei der einzige Weg um die bestehenden Probleme insbesondere beim Winterdienst und Schneeräumung abzustellen. Die aktuelle Haushaltslage lasse jedoch eine Finanzierung im nächsten Jahr nicht zu.

Herr Bunse: Der Heinrich-Burkard-Platz werde sehr gut genutzt. Die Erfahrung der zurückliegenden Jahre habe gezeigt, dass die frühere Entscheidung, den Platz nur mit wassergebundener Decke zu versehen, nicht ganz richtig gewesen sei.

Stadtrat Greiner: Man habe damals die kostengünstigste Lösung gewählt. Ein Umbau zum jetzigen Zeitpunkt wäre voll von der Stadt zu finanzieren, da Beiträge nicht mehr erhoben werden können. Die Notwendigkeit der Platzbefestigung sei zumindest fraglich, zumal nicht geklärt sei, ob ein Winterdienst überhaupt erforderlich sei.

Herr Bunse: Der Platz werde als PKW-Stellplatzfläche genutzt. Die Schneeräumung sei deshalb notwendig. Dabei werde dann gleichzeitig der Sandbelag abgeschoben. Jährlich wiederkehrende Unterhaltungsmaßnahmen seien notwendig.

Stadtrat Greiner: Die Platzbefestigung sollte auf ein Minimum reduziert werden.

Herr Bunse: Eine reduzierte Lösung wäre denkbar. Die Anlieger seien derzeit noch dabei diese Fragen zu klären.

Stadtrat Durler: Die Notwendigkeit der Platzbefestigung sei gegeben. Der Aufbau einer Schwarzdecke sei aus seiner Sicht problematisch, da diese aufgrund der Verkehrsnutzung einem starken Verschleiß unterworfen sei. Die bessere Lösung wär ein Drainfugenbelag mit entsprechendem Unterbau.

Herr Bunse: Die Schwarzdecke sei technisch unproblematisch. Ein Drainpflaster wäre als Luxuseinrichtung anzusehen.

Stadtrat Wild: Der Antrag der Nutzer sei verständlich. Allerdings müsse bedacht werden, dass die Platzbefestigung mit den Grundsätzen der Ökosiedlung nicht vereinbar sei. Eine bessere ökologische Lösung sollte geprüft werden.

Stadtrat Kaiser: Die Platzbefestigung sollte nur dort durchgeführt werden, wo die Nutzung dies erfordere (Fahrstreifen). Ansonsten sollte die Restfläche versickerungsfähig gestaltet werden.

Beschluss:

1. Die vorgestellte Planung für die Ausstattung des Heinrich-Burkard-Platzes mit einer Schwarzdecke wird zur Kenntnis genommen.
2. Vor der Entscheidung über die Ausbauart sind verschiedene Lösungsmöglichkeiten dem TA nochmals vorzustellen.
3. Über den Realisierungszeitpunkt entscheidet der Gemeinderat im Rahmen der Haushaltsberatungen.

(einstimmig)

12) TOP 60-120/09 Vorhabenbezogener Bebauungsplan ehemaliges Wirth-Areal in Donaueschingen - Aufstellungsbeschluss

Stadtrat Karrer nimmt wegen Befangenheit an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Bunse gibt nähere Erläuterungen zum gesamten Plangebiet und zu den vorgesehenen Nutzungszonen.

Stadtrat Greiner: Bei den Wohnbaugrundstücken sollte darauf geachtet werden, dass diese wegen der Verhältnismäßigkeit zu der Gewerbeimmobilie nicht zu klein parzelliert werden. Eine vertragliche Sicherung müsse mit der Stadt vereinbart werden, dass nicht nur die Filetgrundstücke bebaut werden und die Gewerbebrache ungenutzt bleibe.

Stadtrat Kaiser: Die Planung weiterer Wohnbauflächen sei für die Vermarktung der städtischen Baugrundstücke nachteilig. Seitens der Grünen werde er der Nutzung als Technologiezentrum zustimmen. Wenn eine Koppelung mit Wohnbebauung geplant sei, würde dies abgelehnt werden.

BM Kaiser: Die bisherigen Vermarktungsmöglichkeiten seien immer daran gescheitert, dass für die gewerbliche Nutzung keine Verwendung gefunden worden sei. Der vorliegende Investor plane erstmals beide Bereiche zu bebauen und die Gewerbebrache umzunutzen.

OB Frei: Die Stadtentwicklung erfordere alle Bemühungen für die Neuansiedlung von Bürgern. Ein Wohngebiet alleine reiche dafür nicht aus. Die zusätzliche Ausweisung von Wohnbauflächen sei in sofern nicht problematisch. Zwischen den Städten bestehe ein Wettbewerb um die Ansiedlung von Neubürgern.

Stadtrat Wild: Er begrüße die sinnvolle Planung. Wichtig sei, dass die Gewerbebrache umgenutzt und insgesamt aufgewertet werde.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

13) TOP 60-099/09 Städtische Kinderspielplätze

OB Frei: In der Vergangenheit sei er des Öfteren von jungen Eltern auf die Kinderspielplatzsituation in Donaueschingen angesprochen worden. Dabei sei kritisch angemerkt worden, dass ein großer attraktiver Spielplatz in Donaueschingen fehle. Vergleiche mit anderen Städten seien ihm präsentiert worden. Die in Donaueschingen angebotenen 19 Spielplätze seien zahlenmäßig ein großes Angebot. Viel Infrastruktur werde mit den einzelnen Spielplätzen gebunden. Der damit einhergehende jährliche Aufwand von 7.000 Euro für die Erneuerung der Geräte und 73.000 Euro für die Unterhaltung und Überwachung der Anlagen sei beachtlich. Mit der Neustrukturierung der Kinderspielplatzsituation sollte hier nach Möglichkeit eine Reduzierung erreicht werden. Dies durch Rückbau von Spielgeräten und gleichzeitiger Belassung der vorhandenen Anlagen zu bewerkstelligen sei nicht empfehlenswert. Die Attraktivität dieser Plätze leide dann noch mehr. Bei einer Reduzierung des Spielplatzangebotes sollte parallel eine attraktive Gesamtstädtische Anlage im Innenstadtbereich geschaffen werden. Notfalls müssten die Nutzer etwas weitere Wege zu einem Spielplatz in Kauf nehmen. Man müsse auch sehen, dass das Nutzerverhalten immer von den persönlichen Umständen des Einzelfalls abhängt. Die Diskussion sollte sich auch auf die Stadtteilsanlagen erstrecken. Am Ende der Bereinigung sollte für jeden Stadtteil nur ein attraktiver Spielplatz zur Verfügung stehen. Ziel müsse es sein, die Struktur insgesamt zu verbessern. Dies könne beispielsweise durch Reduzierung der Spielplätze erreicht werden, bei gleichzeitiger Beibehaltung des bisherigen Spielplatzetats. Denkbar wäre, aufgelöste Spielplatzflächen einer Bebauung zuzuführen. Die Grundstückserlöse könnten in eine zentrale Spielplatzanlage investiert werden. Der von der Verwaltung vorgelegte Vorschlag sei als Leitlinie zu sehen. Weitere Diskussionen werden sicherlich noch folgen müssen.

Stadtrat Karrer: Die Vorlage habe ihn einigermaßen überrascht. Zu erwarten sei eine Diskussionsgrundlage über Standorte und Entwicklungsmöglichkeit bestehender Stellplätze gewesen. Ein Verzicht auf Einzelanlagen dürfte möglich sein. Bedarfsermittlungen und Entwicklungsmöglichkeiten einzelner Standort müssen jedoch genauer untersucht werden. Bei der zu erwartenden Diskussion müsse auch berücksichtigt werden, dass beim Geschosswohnungsbau Kleinkindspielplätze bei der Wohnanlage geschaffen, beziehungsweise bereitgehalten werden müssen. Der Standort Irmepark biete sich für einen zentralen Spielplatz an. Insgesamt gesehen müssten jedoch noch umfangreiche Detailplanungen der heutigen Beratung folgen.

OB Frei: Das von der Verwaltung vorgelegte Konzept verfolge das Ziel, mehr Qualität auf den Einzelplätzen zu Lasten der Gesamtzahl der zur Verfügung stehenden Spielplätze zu erreichen.

Stadtrat Durler: Für Eltern sei es zumutbar etwas weitere Wege zum Spielplatz zu gehen. Die Spielgeräte beim Spielplatz Tafelkreuz könnten beispielsweise auf dem Bolzplatz aufgestellt werden.

Stadtrat Kaiser: Kinderspielplätze sollten in geeigneter Lage und verkehrssicher erreichbar sein. Diesen Vorgaben laufe der Vorschlag der Verwaltung zuwider. Die Wohnortnähe sei ein großer Vorteil. All das spreche dafür, einzelne Standorte nicht aufzugeben, zumal man in Donaueschingen nicht von einer Überversorgung ausgehen könne. Der Preis für einen attraktiven Standort in der Innenstadt sei zu hoch, bezogen auf den Verzicht von 2 Kinderspielplätzen.

Stadtrat Wild: Es sei richtig alle Plätze zu überprüfen. Viele offene Fragen seien allerdings noch zu klären. Man dürfe in der heutigen Sitzung keine vorschnelle Entscheidung treffen.

Aus seiner Sicht sollte der Gemeinderat dieses politische Thema entscheiden.

Stadtrat Greiner: Auch in früheren Jahren seien bereits Kinderspielplätze geschlossen worden. Auch bei Reduzierung um 2 Spielplätze würden die Entfernungen nicht zu groß werden. Eine Zentralisierung könne auch für Familien positive Auswirkungen haben. Bei der Planung beim Irmepark sollte die Einbindung des Brigachufers ebenfalls mit untersucht werden.

OB Frei: Die aktuelle Finanzlage lasse eine Umgestaltung des Brigachufers in den nächsten Jahren nicht zu. Eine Koppelung dieser Maßnahme mit einem neuen Spielplatzstandort auf dem Irmepark sei nicht möglich.

Beschluss: Der Tagesordnungspunkt städtische Kinderspielplätze wird zur Entscheidung in den Gemeinderat verwiesen.

(4 Ja, 7 Enthaltungen)

14) TOP 60-124/09 Bahnhof Donaueschingen - Sanierungsmaßnahmen

Stadtrat Kaiser: Aus den schriftlichen Erläuterungen sei nicht ersichtlich, auf welcher Basis sich der städtische Anteil errechne.

OB Frei: Die heutige Vorlage diene in erster Linie als Information über das aktuelle erfreuliche Ergebnis. Konkrete Zahlen müssen erst verhandelt werden. Der Gemeinderat werde dann wieder weiter informiert.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

15) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Aus den Reihen der Mitglieder des Technischen Ausschusses wurden keine Fragen vorgetragen.